

Einführung in das Buch

Klaudius Gansczyk

Zu Ehren des Physikers, Philosophen und Friedensforschers Carl Friedrich von Weizsäcker fand vom 18. bis 20. Mai 2007 in der Evangelischen Akademie Tutzing eine Weltinnenpolitik-Tagung statt, die zeitlich zwischen der Weltethosrede von Altbundeskanzler Helmut Schmidt am 8. Mai in Tübingen und der 25. Jahresversammlung des InterAction Councils ehemaliger Staats- und Regierungschefs zum Dialog zwischen Vertretern der Weltpolitik und der Weltreligionen vom 21. bis 23. Mai 2007 in Wien lag. Von Weizsäcker hat die Weltethosidee von Anfang an als interkulturelle ethische Basis von Weltinnenpolitik ebenso unterstützt wie den Vorschlag des InterAction Councils zu einer Menschenpflichtenerklärung (A Universal Declaration of Human Responsibilities) aus dem Jahre 1997, so dass sich eine inhaltliche Verschränkung dieser drei Veranstaltungen anbot. Der vorliegende Band greift von Weizäckers „weltinnenpolitisches Erbe“ auf und bildet einige Facetten des Weiterdenkens dieses Erbes in Beiträgen der Referenten der Tutzinger Weltinnenpolitiktagung und in Verknüpfungen zur Weltethosidee ab. Nachfolgend werden einige Grundgedanken aus den Beiträgen kurz vorgestellt.

Die Verschränkung von wissenschaftlichem Denken, moralischem Hinterfragen und politischen Entscheidungen, für die sich C.F. von Weizsäcker intensiv engagiert hat, kommt auch in den Nachrufen zum Ausdruck. In seiner Gedenkrede bei der Tutzinger Tagung würdigt *Johan Galtung* die „Universalität des Genies“ des Verstorbenen und dessen Streben nach einer Verbindung zwischen rationalem Planen und einer Ethik, die tief im Inneren des Menschen wurzelt, zu Gunsten von gewaltlosen Konfliktlösungen. *Ulrich Bartosch* hebt in seinem Abschiedswort der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler von ihrem Mitbegründer die politische Verantwortung besonders hervor, die der entscheidende Verfasser der Göttinger Erklärung als Wissenschaftler in vorbildhafter Weise in der Nachkriegszeit übernommen habe, und erinnert an die drei Aufgaben

„1. Sicherung des Weltfriedens, 2. eine international einklagbare Rechtsordnung, 3. international vereinbarten und durchsetzbaren Umweltschutz“ , die C. F. von Weizsäcker auf der moralischen Basis des Werteflechts „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ in Anbetracht einer fundamental bedrohten Menschheit dem Zusammenwirken einer verantwortungsvollen Politik und der Zivilgesellschaft für die gemeinsame Gestaltung einer zukunftsfähigen Weltinnenpolitik vererbt habe.

Klaus Töpfer bietet einen kurzen historischen Rückblick zu den Entwicklungen und Fehlentwicklungen nach der Gründung der UNO im Jahre 1945 zur Friedenspolitik einerseits und des »Erdgipfels« von Rio de Janeiro im Jahre 1992 zur globalen Nachhaltigkeitspolitik andererseits und gelangt auf diesem Hintergrund zu dem Zwischenfazit, dass der Rio-Gipfel zwar Grundprinzipien für ein gemeinsames globales Handeln im Rahmen der Vereinten Nationen geliefert habe, die Umsetzung der Ziele jedoch nicht vereinbart worden und somit gescheitert sei. Die Ausbeutung von Natur und Umwelt gehe mit rapidem Schwund des Naturkapitals, Verschärfung der globalen Verteilungskonflikte und einem Klimawandel nahezu ungehindert weiter. Als Ausweg aus der zum Teil „perversen“ Situation fordert er, die drei Säulen der nachhaltigen Entwicklung, also wirtschaftliches Wachstum, sozialen Ausgleich und ökologische Stabilität, tragfähig zu machen, auch, um Hass und Terror die Grundlage zu entziehen. Für eine breit angelegte Friedenspolitik sei der politische Wille zur Erreichung der Millennium-Ziele und auch eine umfassende Reform der Vereinten Nationen, insbesondere eine Neustrukturierung des Wirtschafts- und Sozialrats, von entscheidender Bedeutung. Die Erfolgsaussichten einer globalen Zusammenarbeit macht er vom politischen Willen zur Durchsetzung der Menschenrechte aller Bürger dieser Welt abhängig.

Johan Galtung entfaltet aus Anlass des Millenniumwechsels seine Vision zur Zukunft der Menschenrechte und fasst diese Vision in 12 Thesen zusammen, die vor allem auf die Befriedigung der als gleichwertig beurteilten Grundbedürfnisse „Überleben, Wohlergehen, Freiheit und Identität/Sinnfindung“ der Menschen, dann auch auf eine stärkere Berück-

sichtigung der Rechte von Gruppen und Gemeinschaften und schließlich allgemein auf eine demokratische Weltbürgerschaft mit einer ausgewogenen Mischung aus Rechten und Pflichten zielen.

Helmut Schmidts Weltethosrede für die politische Praxis geht von der Maxime des Friedens als einem „unentbehrliche(n) Teil der Ethik oder der Moral, die von einem Politiker verlangt werden muss“ und von den fundamentalen Prinzipien der Humanität aus, die im Entwurf des InterActionCouncils für eine »Universal Declaration of Human Responsibilities« vorgeschlagen werden, kritisiert die Tendenz zur Ausschließlichkeit und das Missionierungsstreben einiger Religionen, warnt vor deren Instrumentalisierung zur Durchsetzung politischer Ziele, fordert interreligiösen Respekt und hebt die Bedeutung der Vernunft, des Verantwortungsbewusstseins gegenüber dem eigenen Gewissens und die Kompromissfähigkeit des Politikers für das demokratische Handeln hervor.

Hans Küng betrachtet in seiner Laudatio anlässlich des 90. Geburtstages von C.F. von Weizsäcker aus dem Jahre 2002 die enge Verschränkung zwischen einem zukunftsfähigen notwendigen neuen Paradigma von Weltinnenpolitik und der Geschichte der Weltethosidee, und zwar von ihrer Entstehung an über die Erklärung des Parlaments der Weltreligionen (1993) und der Menschenpflichtenerklärung des InterActionCouncils (1997) bis zum Manifest für den Dialog der Kulturen (2001). Auf dem Hintergrund dieser Verschränkung thematisiert er mögliche Chancen für einen weltinnenpolitischen Paradigmenwechsel.

Mit *Ram Adhar Mall*, *Hassan Hanafi* und *Vittorio Hösle* präsentieren Philosophen indischer, ägyptischer und deutsch-italienischer Herkunft einige „Weisheiten“ für ein planetarisches Bewusstsein im Geiste eines interkulturellen Humanismus´ .

Ram Adhar Mall entfaltet die mögliche Bedeutung von Mahatma Gandhis Prinzip einer differenzierten Gewaltlosigkeit für eine zukunftsfähige Weltinnenpolitik und zeichnet unter dem Primat der Ethik und Moral vor der Politik und der Wirtschaft in Form einer Humanisierung des

globalisierten Kapitalismus´ den besten Weg zum Frieden nach, den er anhand Gandhis Warnung vor den sieben Todsünden der modernen Welt erläutert. In der historisch nachweisbaren pluralistischen interreligiösen und interkulturellen indischen Identität sieht Mall ein Vorbild für C.F. von Weizsäckers Weltinnenpolitik, für die ein in Verbindung mit dem Prinzip der Gewaltlosigkeit theologisch oder auch nur moralisch verankerter Humanismus ein tragfähiges Fundament bilden könnte. Abschließend stellt Mall Gandhis Modell einer integrativen interreligiösen Toleranzziehung jenseits aller engen konfessionellen Grenzen des Religionsunterrichts vor, die das Ernstnehmen der eigenen Religion mit einem Respekt anderen Religionen gegenüber verbindet.

Hassan Hanafi analysiert die Asymmetrien zwischen dem kulturellen Macht- „Zentrum“ des Westens und der vergleichsweise ohnmächtigen weltweiten Peripherie ehemaliger Kolonialländer Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Mit Blick auf die letzten 500 Jahre zeigt er die Formen auf, mit denen der Westen durch eine auch kulturelle Expansion die Peripherie beherrsche. Dies spiegele sich in einem Überlegenheitskomplex als Ausdruck der westlichen Arroganz der Macht einerseits und in einem Minderwertigkeitskomplex der Peripherie andererseits wider. Zur Auflösung der Asymmetrien für einen erfolgversprechenden „Dialog der Kulturen“ fordert er vom Zentrum, bescheidener zu werden, seine Arroganz der Macht aufzugeben, mit der Peripherie auf Augenhöhe umzugehen und Gerechtigkeit, auch hinsichtlich der Verteilung des Reichtums der Welt, über Macht zu stellen. In einer neuen Geschichtsschreibung, die objektiver und balancierter den Anteil der Völker und Kulturen an der Entwicklung der Menschheit darstellen müsse, sieht Hanafi einen Beitrag zu einer weltweiten historischen Versöhnung zwischen dem im Niedergang sich befindenden Zentrum und der aufsteigenden Peripherie.

Vittorio Hösle diagnostiziert in einem Vergleich, dass Hans Jonas und C.F. von Weizsäcker nach dem 2. Weltkrieg die planetarische Verantwortung in das Zentrum der eigenen Philosophie rückten, naturphilosophische Betrachtungen wiederaufgriffen und Metaphysik mit Ethik zu verknüpfen wagten und bettet Jonas´ Stellung in die deutsche Philosophie ein

mit der Besonderheit, dass seiner Einschätzung nach Jonas über eine Neubegründung vom Organischen her mit der Verantwortlichkeit als dominierendem Moralprinzip eine ausgereifte Theorie der Grundlagen einer Ethik für die technische Zivilisation gelang, bei der die Objektivität moralischer Verpflichtungen auch gegenüber kommenden Generationen und der Eigenwert der Lebewesen eine zentrale Rolle spielen.

Klaudius Gansczyk legt dar, wie sein Denk- und Lebensweg auf den geistigen Spuren von C. F. von Weizsäcker zu Themen und Autoren des vorliegenden Bandes führte und wie die sich verzweigenden Spurensuchen in die Lehrer- und Schülersausbildung und in zivilgesellschaftliche Vernetzungsaktivitäten im Geiste eines interkulturellen Humanismus einfließen.

Ulrich Bartosch leitet die Beiträge der Referenten der Tutzingener Tagung ein, indem er aus der Sicht der politischen Theorie die zentrale Mahnung C.F. von Weizsäckers entfaltet, dass die unvollständige Weltinnenpolitik, wie sie in der klassischen Außenpolitik trotz der globalen Vernetzungen vorliegt, in Anbetracht der menscheitsbedrohenden Gefährdungen bei knapper und drängender Zeit durch einen Bewusstseinswandel aktiv in einen politisch gesicherten, die Institution des Krieges überwindenden Weltfrieden und in eine vollständige Weltinnenpolitik mit den Zielen „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ verwandelt werden müsse, wobei die Vorstellungen von möglichen Zukünften in die politischen Entscheidungen zur Gestaltung der realen Zukunft einzubeziehen seien.

Ernst Ulrich von Weizsäcker weist in einer begriffsgeschichtlichen Betrachtung seinen Begriff „Erdpolitik“ als Weltinnenpolitik im Kontext einer notwendigen Überwindung der Umweltzerstörung durch Umweltpolitik aus und greift die in seinem gleichnamigen Buch (1989) erhobene Forderung nach einem 21. Jahrhundert der Umwelt, das durch einen Paradigmenwechsel das spätere 20. Jahrhundert der Ökonomie ablösen müsse, wieder auf. Nach dem Kalten Krieg in den 1990er Jahren habe die Globalisierung in Form einer „radikalisierten Renditeorientierung der

Wirtschaft, der Zurückdrängung der Umweltsorgen, und im Effekt der gnadenlosen Schwächung des Staates, der Demokratie und der Öffentlichen Güter“ diesen Paradigmenwechsel zwar verdrängt, möglicherweise aber auch durch „die kapitalistischen Tollheiten der 1990er Jahre beschleunigt“. Der Bewusstseinswandel zum „Megathema Klima“ deutet jedoch vielleicht schon an, dass wir in das Jahrhundert der Umwelt eingetreten seien. In Verbindung mit diesem Paradigmenwechsel stellt er mit der Energie- und Ressourcenproduktivität - statt Arbeitsproduktivität - als Fortschrittsindikator und einer ökologischen Steuerreform einige Instrumente für eine wirtschaftsverträgliche Langfriststrategie des Klima- und Umweltschutzes vor.

Günter Witzsch zeigt auf, wie UNO-Umweltkonferenz-Beschlüsse zu einem „Weltinnenrecht“ beitragen, das auf die Gesetzgebung der Staatengemeinschaft einwirkt. Dabei unterscheidet er „hard laws“ als völkerrechtlich verbindliche Abkommen von „soft laws“, die nicht dem Völkerrecht zuzuordnen seien. An zahlreichen Beispielen zu Umweltproblemen verdeutlicht er sowohl die Bedeutung von „hard laws“ und „soft laws“ als auch des für die internationalen Diskussionen bedeutsamen Nachhaltigkeitsprinzips („principle of sustainability“), dessen Entstehungsgeschichte er darlegt mit dem Fazit, dass es zwar inzwischen Teil des „Weltinnenrechts“ geworden und auch politisch folgenreich sei, aber aufgrund von sehr unterschiedlichen bis hin zu konträren und widersprüchlichen Auslegungen einem Bedeutungswandel unterliege und daher noch weit entfernt von seiner stringenten Durchsetzung sei.

Mit der Nachhaltigkeit als programmatische Leitidee entwickelt *Michael Müller* seine Auffassung vom 21. Jahrhundert der Ökologie, dem er als bedrohliche Alternative ein Jahrhundert der Gewalt und Verteilungskämpfe entgegenstellt. In der Europäischen Union, die auf das bereits vorhandene Bewusstsein aufbauen kann, internationale Probleme kooperativ im Rahmen einer rechtlichen Ordnung zu lösen, sieht er eine möglichen Vorreiterin für eine Umgestaltung der gegenwärtigen Form der Globalisierung in Richtung einer sozialökologischen Ausgestaltung von Wirtschaft, Technik und Gesellschaft: Das „Projekt Europa“ könne

einen wichtigen Beitrag für eine Weltinnenpolitik leisten und der Überlastung des Naturkapitals und der denkbaren ökologischen Selbstzerstörung entgegenwirken. Mit einer Effizienzrevolution in der Nutzung von Energie, Material und Rohstoffen, einem schnell wachsenden Markt für Umwelttechnologien und ökologische Innovationen, der Nutzung der großen Einsparpotentials bei der Verwendung von Rohstoffen und dem Aufbau eines Marktes für ressourcen- und energieeffiziente Produkte und Verfahren könne der Kollaps unseres Planeten noch verhindert und durch eine neue Kultur im Umgang mit Energie und Rohstoffen der Wohlstand für alle gesteigert und neue Arbeit geschaffen werden.

Elmar Altvater kritisiert die Merkmale einer „globalen Apartheid“, die verhindern, dass die von der Staatengemeinschaft versprochenen Millennium-Entwicklungsziele fristgemäß im Jahre 2015 erreicht werden können, analysiert deren Ursachen und gibt als Lösungsweg eine Veränderung der Spielregeln an, die der gegenwärtigen Weltwirtschaft zugrunde liegen. So wirft er mit Blick auf den G-8-Gipfel den gewählten Vertretern der mächtigsten Staaten der Welt eine „beschämende Subalternität“ gegenüber ökonomischen Mächten vor, „die keinerlei demokratische Legitimation haben“ und führt zahlreiche Beispiele für globale Regelungen an, die seiner Auffassung nach den weltweiten Wohlstand ungerecht verteilen und die Ungleichheit in der Welt sogar noch vergrößern. In den gegenwärtigen Finanzarchitekturen und in der Fortsetzung des Wachstumskurses von Wirtschaft und Politik, die mit den Prinzipien Gerechtigkeit und Verantwortung unvereinbar seien, sieht er nicht nur eine Bedrohung der Nachhaltigkeit, sondern auch Destabilisierungstendenzen in der Weltwirtschaft und eine Gefahr der Abschottung der entwickelten Länder von den unentwickelten. In einer „ökologischen Ökonomie“, die den Versuch mache, die natürliche Bedingtheit des Wirtschaftens explizit einzubeziehen, fordert er eine zukunftsfähige Alternative zur „naturvergessenen Ökonomie“, die die natürlichen Grenzen des ökonomischen Wachstums vernachlässige.

Stephan Albrecht fordert „nicht weniger als die Wiederentdeckung eines intelligenten Lebens mit der Natur“ und eine grundlegende Abkehr von

den schweren Schädigungen und Zerstörungen, die durch die Industrialisierung und die global zunehmende „krasse Imbalance“ zwischen städtischen Ballungsräumen und ländlichen Regionen entstanden seien. Den globalen Kapitalismus deutet er als eine Veranstaltung für die Wohlhabenden, denen es vor allem um die profitabelste Anlage gigantischer Finanzvermögen und die Produktion und Zirkulation von Waren aller Art gehe, und in dem Menschen in erster Linie als Kostenfaktoren oder Konsumenten auftreten. Die Entwicklung von einer Bedarfsdeckungswirtschaft zu einer Konsumweckungswirtschaft – *consumerism* – habe zur Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen geführt. Entgegen den Verheißungen von einer „knowledge society“ gefährde darüber hinaus die Verunmündigung von Konsumenten, die ihre persönlichen Identitäten aus Markenwaren beziehen, das demokratische bürgerschaftliche Engagement. („*Consumerism* benötigt keine Demokratie“). Im Kontrast zu den Konsumenten in den wohlhabenden Ländern ständen weltweit 700 Millionen Slumbewohner und 800 Millionen chronisch Unterernährte und Hungernde, die daran erinnern müssten, dass die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ der Vereinten Nationen auch gesunde Nahrung, sauberes Trinkwasser, eine Wohnung, Gesundheit und Bildung umfasse. Zur weltweiten Gerechtigkeitspolitik gehört für Albrecht die Überwindung von *Zerstörungsindustrien*, insbesondere der Waffenindustrien, aber auch globaler Umwelt- und Ressourcenverschmutzer durch eine Verwendung und Verwertung von Stoffen in Kreisläufen.

Nach einer Analyse der gegenwärtigen Problemlage und des finanzgetriebenen globalen Wirtschaftssystems mit der Entgrenzung des Finanzsektors in Form des digitalen Kapitalismus als größtem Problem stellt *Franz Josef Radermacher* das Programm eines Global Marshall Plans als Zwischenschritt zu einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft vor, die - mit Europa in der Vorreiterrolle - im Rahmen von Weltverträgen zu einer Form von Weltinnenpolitik mit weltdemokratischem Charakter gelangen könne. Auf globalethischen Orientierungen an Weltethos, Menschenpflichtenerklärung des InterAction Councils und Erdcharta basierend strebe der Global Marshall Plan die Sicherung der Zukunftsfä-

higkeit unseres Planeten im Geiste eines interkulturellen Humanismus´ an, indem Ideen für eine Weltinnenpolitik verwirklicht werden sollen, und zwar durch rasche Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen, durch Co-Finanzierung von Entwicklung in Verbindung mit einem geeigneten weltweiten institutionellen Design, durch eine faire weltweite Partnerschaft, durch Förderung von Good Governance auf allen gesellschaftlichen Ebenen und durch koordinierte und kohärente Formen basisorientierter Umsetzung von Entwicklungszusammenarbeit. Als „extrem bedrohliche“ Alternativen zu diesem Problemlösungsweg führt Radermacher in Zukunftsszenarien einen „Kollaps oder eine Ressourcendiktatur/Brasilianisierung, wahrscheinlich verbunden mit Terror und Bürgerkrieg“ vor Augen.

Valery S. Petrosyan macht anhand konkreter Beispiele deutlich, welche grenzüberschreitenden chemischen Verbindungen, die von verschiedenen anthropogenen Quellen in die Atmosphäre dringen und sie verschmutzen, sich - wie die radioaktiven Stoffe aus der Tschernobyl-Katastrophe gelehrt haben- , als „chemische Sputniks“ um die Erde bewegen, ehe sie über Regen und Schnee in verschiedene Regionen unseres Planeten gelangen und Menschen, Tiere und Pflanzen mit Schädigungen bedrohen, und wie Pflanzenschutzmittel und andere Giftstoffe, die vom Menschen in Umlauf gebracht werden, als „chemische Bumerangs“ zu den Menschen zurückkehren und deren Gesundheit in mannigfaltigen Formen beeinträchtigen. Der Schutz vor chemischen Verbindungen sei bereits Bestandteil nationaler Sicherheitsstrategien und auch auf der Europäischen und UNO-Ebene würden Chemikalien registriert und beurteilt, um die Umweltverschmutzungen zu stoppen. In Anbetracht der Gefährdungen durch chemische Stoffe fordert er, dass im 21. Jahrhundert die Ethik in der Chemielehre eine bedeutsame verpflichtende Rolle spielen müsse.

Peter Hennicke legt mit einem Weltenergieszenario sein Plädoyer dar, wie das Klimaproblem mit bereits bekannten Technologien durch eine Effizienzrevolution in Verbindung mit erneuerbaren Energien gelöst werden und dabei bis zum Jahre 2030 gleichzeitig ein weltweiter Ausstieg aus der

missbrauchsgefährlichen Atomenergie gelingen könnte. Nicht die Technik, sondern erforderliche „revolutionäre Veränderungen im Denken und Handeln“, und „neue Prioritätensetzung - vor allem von Politik und Wirtschaft, aber auch bei Konsummustern und Lebensstilen“ seien das Hauptproblem, das sich der Klimaproblemlösung und deren Durchsetzung entgegenstelle, so dass die Umsetzung sehr schwer falle und einer „sozialen Revolution“ gleichkomme. In diesem Zusammenhang beschreibt Hennicke die Rolle der staatlichen Impulsgebung und Rahmensezung, die in Form eines politischen Gestaltungswillens gegen den vorherrschenden neoliberalen Zeitgeist zur Umsetzung entscheidend dazu beitragen könnte, die Zukunft des Energiesystems über Anreizstrukturen radikal zu ändern und dem Klimaschutz so noch eine Chance zu geben: „eine herausfordernde, aber lösbare Aufgabe für die Weltgemeinschaft, zu der es keine bessere Alternative gibt.“

Hartmut Graßl knüpft „Weltinnenpolitik“ eng an die Institution der Vereinten Nationen, in der er einen hinsichtlich völkerrechtlich verbindlicher Rahmenkonventionen über Klimaänderungen anrufbaren internationalen Gerichtshof vermisst. Das Kyoto-Protokoll bewertet er als nur ersten Schritt auf einem langen Weg zur Stabilisierung der Treibhauskonzentration in der Atmosphäre und damit zur Verhinderung, dass „die Anpassungsfähigkeit der Ökosysteme verloren geht, die Nahrungsmittelerzeugung generell gefährdet ist und eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung möglich bleibt“. Sehr detailliert stellt er die Größe der Klimaproblematik in folgenden Aspekten dar : Klima als die natürliche Ressource, der Mensch als Klimamacher, das Maß der anthropogene Änderung des Strahlungshaushalts der Erde und Szenarien zum Klimawandel ohne Klimapolitik. Als konkrete Lösungsvorschläge fordert er den Ausstieg aus fossilen Energieträgern, die Vereinbarung völkerrechtlich verbindlicher Fernziele, einen effizienteren Umgang mit Energie, die Nutzung der direkten Sonnenenergie u.a.m. Seine Zukunftsbotschaft verdichtet er in den einprägsamen Formulierungen: „Ohne Weltinnenpolitik ist der anthropogene Klimawandel nicht zu dämpfen. Er wird für andere Felder zum Wegbereiter werden.“

Die *Potsdamer Denkschrift 2005*, die in Anknüpfung an das Einstein-Russell-Manifest von 1955 für ein Neues Denken argumentiert, greift den Holismus der Quantenphysik und die Einsichten der Theorie komplexer Systeme („Chaostheorie“) auf, um sie für eine offen gedachte Zukunft fruchtbar zu machen, mit der Forderung, dass die Gestaltung der Zukunft auch Überschreitungen des nur rational Begreifbaren z.B. in den Erscheinungsformen des Ahnens, Spürens oder der Liebe berücksichtigen soll.

Das *Abschlusskommunique des InterAction Councils* zur Wiener Jahresversammlung fasst die Diskussionen zwischen den ehemaligen Regierungs- und Staatschefs und den Vertretern der Weltreligionen zusammen und gibt Empfehlungen zur Weltpolitik und zur interreligiösen Verständigung.

Der Vorschlag des InterAction Councils von 1997 zu einer „*Allgemeinen Erklärung der Menschenpflichten*“, in dem C.F. von Weizsäcker als Unterstützer aufgeführt ist, strebt eine globale moralische Grundlage auf der UNO-Ebene an.